

SPD demokratischer pressediens

P/XXX/128

10. Juli 1975

Ein wichtiges Reformziel sozialliberaler Politik

Mit der Humanisierung des Arbeitslebens Ernst machen!

Von Hans Matthöfer MdB
Bundesminister für Forschung und Technologie

Seite 1 bis 3 / 123 Zeilen

Angriff auf die Entspannungspolitik

Gleichschaltung der CDU-Außenpolitik mit dem Kurs von
Franz Josef Strauß

Von Kurt Mettich MdB
Vorsitzender des Arbeitskreises Außen- und Sicherheits-
politik der SPD-Bundestagsfraktion

Seite 4 und 5 / 65 Zeilen

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

Erfahrungen und Erkenntnisse der UdSSR-Reise

Seite 6 bis 8 / 139 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Eberhard Eckert

5300 Bonn 12, Heussallee 2-10
Postfach: 120 408
Pressenhaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 37 - 38
Telex: 08 88 645 - 48 pbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 37 66 11

Ein wichtiges Reformziel sozialliberaler Politik

Mit der Humanisierung des Arbeitslebens Ernst machen !

Von Hans Matthöfer MdB
Bundesminister für Forschung und Technologie

Das Aktionsprogramm Forschung zur Humanisierung des Arbeitslebens ist der Öffentlichkeit vor gut einem Jahr vorgelegt und von ihr positiv aufgenommen worden. Wer sich die gesellschaftspolitische Bedeutung dieses Vorhabens der grundsätzlichen Verbesserung der Arbeitsbedingungen in unserem Land vergegenwärtigt, wird dafür Verständnis haben, daß wir hier nichts Überstürzen wollten. Forschungsprojekte, die dauerhafte Wirkungen erzielen, auf breiter Front Anstöße zur Veränderung der Betriebswirklichkeit geben wollen, lassen sich nicht mit der Brechstange und über die Köpfe derjenigen hinweg durchsetzen, die es eigentlich angeht. Deshalb haben wir viel Sorgfalt darauf verwandt, ein Gremium ins Leben zu rufen, das die Konsensbildung zwischen Arbeitnehmer- und Unternehmenseite unter Beteiligung der Wissenschaft ermöglicht und erleichtert und uns in unserem Tatendrang vor Sackgassen und Irrwegen bewahrt.

Wir wollen bei der Durchführung des Aktionsprogramms deutlich werden lassen:

Erstens: Humanisierung des Arbeitslebens kann man nicht nach einem engen technokratischen Konzept betreiben, bei dem am Ende nur versucht wird, Rationalisierungsmaßnahmen neu zu etikettieren. Humanisierung des Arbeitslebens ist ein wichtiges Reformziel sozialliberaler Politik. Hier liegt ein wesentlicher Ansatz für gesellschaftlichen Fortschritt, verstanden als mehr Selbstbestimmungs- und Mitentscheidungsmöglichkeiten, mehr soziale Gerechtigkeit und Chancengleichheit. Insbesondere ist die Verwirklichung menschengerechter Arbeitsbedingungen weder ein Ersatz noch eine Alternative zur Forderung nach angemessener Entlohnung und mehr Mitbestimmung. Diese gehören vielmehr mit in unser Bild von einer humanen Arbeitswelt.

Zweitens: Forschung zur Humanisierung der Arbeitswelt macht wie Forschung im Dienst der Gesundheit oder zur Verbesserung der Lebensbedin-

gungen in den Ballungsräumen sichtbar: Wissenschaft und Technik müssen auch unmittelbar die Lebensbedingungen verbessern helfen.

Drittens: Humanisierung der Arbeit muß eingebettet sein in eine Politik, die die wirtschaftliche Grundlage für den gesellschaftlichen Fortschritt dauerhaft sichert. Arbeitsplatzunsicherheit schafft Abhängigkeit. Arbeitsplatzsicherung ist deshalb eine wichtige Voraussetzung für eine dauerhafte Verbesserung der Verhältnisse in der Arbeitswelt.

Die deutschen Gewerkschaften haben sich deshalb nie gegen eine Steigerung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Unternehmen und gegen den technischen Fortschritt gespart. Sie haben aber Sorge getragen, daß der Preis für den Fortschritt nicht von den von seinen nachteiligen Folgen betroffenen Arbeitnehmern gezahlt werden mußte, daß mögliche negative Auswirkungen frühzeitig offengelegt und Abhilfemaßnahmen rechtzeitig eingeleitet wurden. Vorstellungen von einer automatischen Verbesserung der Arbeitssituation im Zuge des technischen Fortschritts haben sich als trügerisch erwiesen. Die Belastungen der Arbeitnehmer haben sich verändert, manche mögen geringer geworden sein, andere haben sich verschärft oder sind neu entstanden.

Der härter werdende Wettbewerb in und unter den Industrienationen wird die Gefahren dieser Entwicklung eher verschärfen. Umso wichtiger ist es, zu zeigen, in wie großem Umfang die Verbesserung der Arbeitsbedingungen einhergehen kann mit der Steigerung wirtschaftlicher Leistungskraft und wie vermieden werden kann, daß hier falsche Alternativen entstehen. Unser Programm geht von einer sozialen Entwicklung aus, die auch dadurch gekennzeichnet ist, daß die Arbeitnehmer die Bedingungen der Arbeit in der industriellen Massengesellschaft nicht als gottgewollt akzeptieren, sondern zunehmend trotz größer werdender materieller Anreize ablehnen. Dies wird bei einem Blick in die Statistik begreiflich, die einen Eindruck von der Belastung, der körperlichen Gefährdung und dem psychischen Druck vermittelt, die auf vielen Arbeitnehmern lasten:

- Alljährlich werden in der Bundesrepublik über zwei Millionen Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten registriert, wobei zwar erfreulicherweise 1974 gegenüber dem Vorjahr ein Rückgang um 267.000 auf 2,2 Millionen zu verzeichnen war, die Zunahme der Berufskrankheiten um jährlich neun vH aber anhält;

- viele Arbeiter sind auch heute noch Belastungen ausgesetzt, die ihre Dauerbelastungsgrenze überschreiten; rd. 300.000 Arbeitnehmer müssen vorzeitig aus dem Produktionsprozeß ausscheiden, weil sie seinen Beanspruchungen nicht mehr gewachsen sind;

- die Zahl der in Nacht- und Wechselschicht Tätigen ist auf über drei Millionen gestiegen; dabei haben arbeitsmedizinische Untersuchungen längst ergeben, daß eine Umstellung des biologischen Tages- und Nachtrhythmus selbst nach jahrzehntelanger Nachtarbeit nicht zu erreichen ist.

Die Entwicklung der Arbeitsbedingungen ist offenbar durch eine Belastungsverchiebung gekennzeichnet. Während wir längerfristig mit einer Verminderung der körperlichen Belastungen rechnen können, nehmen die nervlich-psychischen Belastungen, beispielsweise bedingt durch das Arbeitstempo oder durch Schichtarbeit, immer mehr zu.

Welche Wege führen nun aus diesem Dilemma heraus, welche Forderungen kann man realistiischerweise stellen? Es leuchtet ein, daß wir zunächst einmal eine leistungsmäßige Überforderung, die früher oder später zu gesundheitlichen Schäden führt, verhindern müssen. In die gleiche Rubrik gehört - besonders im Bereich rein Überwachender Tätigkeit - die berufliche Unterforderung, die zu einer wachsenden Unzufriedenheit und Frustration, oft bei gleichzeitiger Streßbelastung, führt und ebenfalls gesundheitliche Schäden verursachen kann.

Mit unserem Forschungsprogramm verfolgen wir deshalb vier Teilziele: die Erarbeitung von Schutzdaten, Richtwerten, Mindestanforderungen an Maschinen, Anlagen und Arbeitsstätten; die Entwicklung von menschengerechten Arbeitstechnologien; die Erarbeitung von Modellen für eine verbesserte Arbeitsorganisation, und die Verbreitung und Anwendung wissenschaftlicher Erkenntnisse und Betriebserfahrungen. Wir haben bereits mit der Arbeit begonnen. An die 100 Projekte sind bewilligt worden oder bewilligungsbereit, davon der Großteil aus dem ergonomisch-technischen Bereich, von der Verbesserung der Arbeitsplatz-Umwelt über die Sicherheitstechnik bis hin zur Arbeitsmedizin. Bedeutende Anstrengungen unternehmen wir vor allem auch zur Erleichterung der Arbeitssituation im Bergbau. Wachsende Bedeutung haben wir dem Bereich "Neue Arbeitsstrukturen" zugewandt, in dem wir große Gemeinschaftsprojekte in Angriff nehmen. Allein für ein Projekt bei Bosch, das die Auflösung des Fließbandes in der Elektrogerätefertigung zum Gegenstand hat, wenden wir 16,7 Millionen DM auf, für den Vergleich von Auswirkungen unterschiedlicher Arbeitsstrukturen bei VW 10,1 Millionen DM.

Mit der Berufung des Programmausschusses im Einvernehmen mit den Gewerkschaften und der Unternehmenseite sind wir ein gutes Stück weitergekommen bei unserem Bemühen, Forschungspolitik nicht über die Köpfe der Betroffenen hinweg, sondern mit ihnen gemeinsam zu betreiben. Diesem Grundsatz wollen wir auch über unsere Beratungsgremien hinaus Geltung verschaffen. Ingenieure und Konstrukteure können besten Gewissens Maschinen und Anlagen entwerfen, die Konzepten entsprechen, welche von den verschiedensten Gremien für gut befunden worden sind, aber dennoch die Bedürfnisse derer, die an ihnen und in ihnen arbeiten sollen, verfehlen. Deshalb wollen wir, daß auch die Arbeitnehmer und ihre Betriebsräte in den Betrieben, die von den Auswirkungen unserer Forschungsprojekte betroffen werden, mitwirken und ihrer Meinung Rechnung getragen wird. Wir wollen deshalb die ausdrückliche Zustimmung des jeweiligen Betriebsrates - etwa im Bereich Neue Arbeitsstrukturen - zur Voraussetzung der Genehmigung einschlägiger Projekte machen.

Ich will noch einen Punkt ansprechen, der die politische Durchsetzung unserer Vorstellungen betrifft. Dies ist die Aufgabe, unser Programm und die Probleme, mit denen es sich befaßt, in der Öffentlichkeit darzustellen und ihr aktives Interesse zu wecken. Wir planen deshalb für das nächste Jahr einen Kongreß zum Thema Humanisierung des Arbeitslebens, der die Vielfalt der Aufgaben auf diesem Gebiet sichtbar macht und eine große Plattform für ihre öffentliche Diskussion bietet. (-/10.7.1975/bgy/pr)

+ + +

Angriff auf die Entspannungspolitik

Gleichhaltung der CDU-Außenpolitik mit dem Kurs von Franz-Josef Strauß

Von Kurt Mattick MdB

Vorsitzender des Arbeitskreises Außen- und Sicherheitspolitik
der SPD-Bundestagsfraktion

In der Union geht ein bemerkenswerter Wandel in der Bewertung der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) vor sich. Je mehr wir uns dem Abschluß der Konferenz nähern, desto härter wird der Widerstand der Union. Die Erklärungen von Unions-Politikern häufen sich. Biedenkopf, Kohl und Mertes geben innerhalb von nur zwei Tagen Stellungnahmen ab, die alle auf dasselbe Ziel hinauslaufen: Den Gleichklang mit dem emotionalen Aufbegehren der CSU gegen die KSZE zu erreichen. So nennt der CDU-Abg. Dr. Alois Mertes es eine skandalöse Absonderlichkeit, "daß der Verlauf der Genfer Verhandlungen der Öffentlichkeit Europas und Amerikas bis zu dem Zeitpunkt vorenthalten wurde, in dem die Schlußdokumente unabänderlich vorliegen". Es ist schon ein merkwürdiger Vorgang, wenn ein ordentliches Mitglied des Auswärtigen Ausschusses sich ganz im Stile des CSU-Vorsitzenden Franz-Josef Strauß über die Verhandlungen in Genf äußert.

Der Auswärtige Ausschuß und der Unterausschuß "Abrüstung" haben sich in der 7. Legislaturperiode sieben Mal mit der KSZE befaßt. Der Abg. Mertes war mehrfach in Genf und hat dort alle Informationsmöglichkeiten erhalten. Der Bundestag hat im Oktober 1974 ausführlich über die KSZE debattiert. Dennoch wird jetzt schamlos argumentiert, als ob hier unter 35 Nationen Geheimverhandlungen stattgefunden hätten. Die Teilnehmer an den Genfer Verhandlungen hatten vereinbart, die Zwischenrunden der Verhandlungen vertraulich zu behandeln, wie das auch bei bilateralen Verhandlungen bisher üblich war. Adenauer dagegen hatte beim Saar-Vertrag nicht einmal den Oppositionsführer Kurt Schumacher vor dem Abschluß unterrichtet.

Dr. Mertes geht von völlig einseitigen Voraussetzungen aus. So sagt er: "Deutschland ist das einzige zwischen Ost und West geteilte Volk in Europa. Die unmenschlichste Grenze der Erde zerteilt unsere Nation - wider Recht, Natur und Geschichte." Gehören der Zweite Weltkrieg und das unmenschlichste System des Hitler-Fachismus nicht zu unserer Geschichte? Ist es nicht wieder das einseitige Denken, das konservative und reaktionäre Kräfte kennzeichnet, wenn sie glauben, sich gegen alle Regierungen Europas - mit alleiniger Ausnahme Albaniens - stellen zu sollen, um gegen die KSZE anzugehen? Schließlich würde die Sowjetunion heute nicht an der Elbe stehen, wenn es diese Geschichte der deutschen Unmenschlichkeit nicht gegeben hätte. Wer aber diesen Teil unserer Geschichte aussperren will, der geht unter falschen Voraussetzungen an die Gestaltung der Zukunft heran.

Der CDU-Abg. Mertes fährt dann fort: "Jahrzehntelang hat der Westen diese Teilung der europäischen Mitte als entscheidende Ursache der Ost-

West-Spannung, ihre Überwindung als Inhalt der Entspannung gewertet. Gilt das nicht mehr?" Die Frage erübrigt sich. Die USA und Frankreich haben längst vor der Bundesrepublik die Entspannung mit der Sowjetunion und dem Ostblock eingeleitet, ohne eine Berlin-Regelung und die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands zur Voraussetzung zu machen. Es war unsere Politik, mit dem deutschen Beitrag zur Entspannung zugleich auch eine angemessene Berlin-Regelung und die Regelung der innderdeutschen Beziehungen herbeizuführen. Dies ist uns auch gelungen. Aber die positiven Ergebnisse der Ostpolitik will Dr. Mertes ja nicht zur Kenntnis nehmen. Der Kern seiner Ausführung ist eine Attacke gegen die Entspannung als politisches Prinzip. "Neuer Streit statt Streitminderung", "neue Spannungsursachen statt Entspannung", das ist es, was Dr. Mertes jetzt in die Ergebnisse der KSZE-Verhandlungen hineinliest. Im Grunde genommen ist das Ganze der Versuch nachzuweisen, was die KSZE nicht sein darf, weil die CDU mit ihrem Konzept der Ostpolitik in die mühevoll schrittweise Entwicklung der Überwindung von Spannungen und der Entwicklung gemeinsamer Interessen zwischen Ost und West nicht hineinpaßt.

Der CDU-Abg. Dr. Mertes weiß wie wir, daß die KSZE kein neues Völkerrecht schafft. Er weiß wie wir, daß die KSZE kein Ersatz für einen Friedensvertrag ist und weder für uns noch für andere Staaten einklagbares Recht schafft. Er weiß auch wie wir, daß die 35 Nationen in mindestens vier verschiedenen Interessengruppen bemüht waren und sind, eine Plattform zu entwickeln, auf der ganz Europa in Gemeinschaft mit Nordamerika ein besseres Zusammenleben erreicht, ein Miteinander trotz gesellschaftlicher und ideologischer Unterschiede. Eine neue Plattform, ist das nichts? Die Konferenzergebnisse verändern auf dem Papier und hoffentlich auch in der Wirklichkeit in einem Ausmaß das Gegeneinander wie es keiner von uns erwartet hat.

Nicht nur, daß sich Dr. Mertes in zahllose Widersprüche verwickelt, indem einerseits Bindungswirkung für Korb III verlangt wird, in Korb I aber abgelehnt wird. Entweder gibt es eine Bindungswirkung oder es gibt keine. Es war klar, daß wir keinen völkerrechtlichen Vertrag wollten. Dies betrifft das gesamte Schlußdokument von Genf und in diesem Dokument hat kein Teil mehr oder weniger Bindungswirkung. Es wird so getan, als ob auf der 35-Mächte-Konferenz in Genf über Deutschland verhandelt wurde und nur die Bundesrepublik in Pflicht genommen würde. Dies ist abstrus. Die Bundesrepublik übernimmt nicht mehr oder nicht weniger Pflichten als alle anderen Teilnehmerstaaten auch.

Alles läuft auf eine Wiederholung der Auseinandersetzung um die Ostpolitik und den Grundlagenvertrag hinaus. Die CDU sagt Nein zum KSZE-Ergebnis wie sie Nein gesagt hat zum Grundlagenvertrag, aber sie überhaut das Nein durch Forderungen nach Konkretisierung und Endgültigkeit, um nach Abschluß dieser Konferenz mit dem Zeigefinger darauf hinweisen zu können, was alles nicht sofort geschehen sei.

Wir werden dem deutschen Volk sagen, daß der dornenreiche Weg, ausgelöst durch die geschichtliche Epoche, an der der Abg. Dr. Alois Mertes im Namen seiner Partei vorbeisähen möchte, uns nur möglich macht, im Rahmen der machtpolitischen und bündnispolitischen Interessen unserer Partner weiterzugehen.

(-/10.7.1975/ks/pr)

Dokumentation des SPD-PresseDienstes

Erfahrungen und Erkenntnisse der UdSSR-Reise

Wir veröffentlichen den Wortlaut des Statements, das der SPD-Vorsitzende Willy Brandt am 9. Juli 1975 auf der Internationalen Pressekonferenz in Moskau abgegeben hat.

"Ich bin seit einer Woche in der Sowjetunion, und mir liegt daran, bevor ich heute abend in die Bundesrepublik Deutschland zurückfahre, Generalsekretär Breschnjew, der mich eingeladen hat, zu danken und gleichfalls allen Persönlichkeiten und Institutionen, die zu dieser Reise beigetragen haben. Ich sage dies zugleich für meine Frau, für Botschafter Sahm und unsere Begleitung, und auch - wenn ich darf - für die aus der Bundesrepublik kommenden und mit uns reisenden Journalisten. Uns ist viel Gastfreundschaft zuteil geworden, und wir haben die Fähigkeit, aufrichtig danke schön zu sagen, nicht verlernt.

In den vergangenen vier Tagen waren wir in Leningrad, in Nowosibirsk und in Samarkand. Ebenso wie in Moskau sind wir mit viel Freundlichkeit aufgenommen worden und haben starke Eindrücke von diesen Besuchen - bei aller Gedrängtheit des Programms - mitnehmen können. In Leningrad fühlten wir uns an eine große europäische und russische Kultur erinnert, zugleich an die unsagbaren Leiden des Krieges. Aber wir waren auch beeindruckt durch intensive wirtschaftliche, kommunale und kulturelle Aktivitäten. Auf der Reise nach Nowosibirsk haben wir die Dimension dieses Landes gespürt. Und ich habe den Eindruck gehabt, im doppelten Sinne einen Blick in die Zukunft zu tun. Ich meine damit die Zukunft Sibiriens mit seinen gewaltigen Naturreichtümern. Und ich meine zum anderen die Zukunft, wie sie die Wissenschaft gestaltet und wie es uns vermittelt wurde durch den sibirischen Zweig der Akademie der Wissenschaften.

In Samarkand wußten wir uns gestern buchstäblich auf Jahrtausende altem Kulturboden. Wir haben blühende Gärten und reiche Pflanzungen gesehen, wo noch vor zwanzig Jahren Steppe war. Und wenn ich so sagen darf: Der Frohsinn und das Selbstbewußtsein der Menschen, denen wir in Usbekistan begegneten, haben uns wohl getan.

In Moskau haben wir am vergangenen Freitag politische Gespräche geführt und eine Automobilfabrik besucht. Ich war beim Oberbürgermeister, wie ich Herrn Promislow der Einfachheit halber nenne, und habe einen Überblick bekommen über seine vielfältige Arbeit und die Probleme der Moskauer Stadt-sowjets. Wir haben übrigens auch Interessantes gehört über die Vorbereitungen auf die Olympiade 1980, in die - was nicht freut - Münchner und bundesdeutsche Erfahrung mit einfließen werden. Ich höre auch, daß deutsche Firmen mit herangezogen werden, wo es um die Vorbereitung der Olympiade in Moskau 1980 geht.

Was den Meinungsaustausch mit Herrn Breschnjew angeht, so darf ich auf die beiden Reden verweisen, die am vergangenen Donnerstag gehalten und ver-

Öffentlich wurden. Es hat heute vormittag ein ergänzendes fünf-viertelstündiges Gespräch gegeben, in demselben Geist der Offenheit wie in der vergangenen Woche, ohne Tagesordnung, einen Meinungsaustausch über Fragen, die beide interessieren. Aus der Führung dieses Landes bin ich mit den Herren Gromyko, Ponomarew und Herrn Romanow aus Leningrad zusammengetroffen sowie mit mehreren Herren aus dem Mitarbeiterkreis des Generalsekretärs.

Das Generalthema der Unterhaltungen mit den genannten Herren war im Grunde: Was kann getan werden, ohne wesentliche oder sogar grundlegende Unterschiede zu übersehen oder zu verwischen - was kann getan werden, so wollte ich sagen, damit der Prozeß der Entspannung weitergeht. Es gibt kaum eine wichtigere Frage als diese. Und lassen sie mich gleich hinzufügen: Der noch immer nicht gelöste Konflikt im Nahen Osten und die Krisen im Bereich des Mittelmeers erfordern meiner Überzeugung nach schon in nächster Zukunft viel staatsmännische Weisheit und Mäßigung.

Es ist verständlich, auch auf dem Hintergrund früherer Erörterungen, daß die Thematik der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa in den Gesprächen dieser Tage eine wichtige Rolle gespielt hat. Der genaue Zeitpunkt für den Abschluß dieser Konferenz scheint auch heute noch nicht festzustehen, aber ich meine, man kann schon jetzt folgendes sagen: Vor fünf Jahren hätten die meisten es nicht für möglich gehalten, daß so viele Staaten - unbeschadet ihrer unterschiedlichen Ordnungen - sich auf den jetzt sich abzeichnenden Katalog von Grundsätzen und Leitsätzen einigen können. Ich will hier als meine Überzeugung unterstreichen: Helsinki darf nicht als Abschluß, sondern muß als Einleitung zu mehr konkreten Bemühungen verstanden werden. Ich habe dies aus meiner Sicht in dem Vortrag vor der Gesellschaft UdSSR-Bundesrepublik Deutschland unter dem Vorsitz von Herrn Samjatin erläutert.

Ich möchte drei Punkte ergänzen: 1/ Ich meine, die Regierungen müssen sich verpflichten, Rechenschaft abzugeben über das, was sie zum Beispiel schon in einem ersten Jahr getan haben, um den Beschlüssen von Helsinki gerecht zu werden. 2/ Mehr Begegnungen sollten nicht nur im ökonomischen und im technischen Bereich zustande kommen. Ich habe deshalb in meiner kurzen Ansprache vor den jungen Arbeitern der Automobilfabrik vorgeschlagen, daß man sich an eine gesamteuropäische Struktur von Jugendbegegnungen heranarbeiten sollte. 3/ Die Problematik eines beiderseitigen, ausgewogenen Abbaus von Truppen und Rüstungen in Europa muß - auch wenn es noch so schwer ist - aktualisiert werden. Sie darf nicht in Archivschränken verstauben.

Was die bilateralen Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik Deutschland angeht, möchte ich sagen: Ich war nicht gekommen, um Verhandlungen zu führen. Das ist nicht meines Amtes. Meine Sache ist es, dem Bundeskanzler, dem Bundesminister des Auswärtigen und die Bundesregierung insgesamt dabei zu unterstützen, daß sich die Beziehungen gedeihlich weiterentwickeln. Ich war gekommen, um im Rahmen meiner Möglichkeiten behilflich zu sein durch aufmerksames Zuhören und durch erläuternde Hinweise.

Die Einzelpunkte sind im wesentlichen bekannt. Es geht um den weiteren Ausbau der wirtschaftlichen Zusammenarbeit. Es geht um die weitere Förderung des wissenschaftlichen und kulturellen Austausches. Wenn ich dazu eine ergänzende Bemerkung machen darf: Ich bin vorgestern in Akademborodow bei Nowosibirsk wieder erneut davon überzeugt worden, wieviel noch vor uns liegt, was den Austausch zwischen unseren Wissenschaftlern angeht. Die andere er-

gänzende Bemerkung bezieht sich auf den heutigen Vormittag: Ich war, wie Sie wissen, in eine Sitzung gebeten, die der Oberste Sowjet abgehalten hat. Und mich hat sehr beeindruckt, was dort in diesen Tagen zu den Fragen des Umweltschutzes und des sorgsamsten Umgangs mit den natürlichen Ressourcen verhandelt wird. Eine Problematik, mit denen alle Industriestaaten in diesen Jahren befaßt sind, und die uns selber in der Bundesrepublik Deutschland in hohem Maße beschäftigt. Und weiter geht es um einige, noch offene Abkommen zwischen den beiden Staaten und es geht natürlich auch um humanitäre Fragen, auch um solche der Familienzusammenführung.

Es kann nicht meine Sache sein, auf einer solchen Pressekonferenz Äußerungen von Herrn Breschnjew auf den Markt zu tragen. Aber soviel darf ich sagen, ohne indiskret zu sein: Er wünscht den Ausbau der Politik des Ausgleichs und der Zusammenarbeit. Und ich weiß, daß dies auch der Wunsch der Bundesregierung ist. Ich werde dem Bundeskanzler und dem Bundesaußenminister natürlich gleich nach meiner Rückkehr über meine Eindrücke berichten. Nach unserer Ordnung ist es Sache der Regierungen, die hier in Frage stehenden Angelegenheiten zu verhandeln und im Rahmen des Möglichen zu dem jeweils erreichbaren Ergebnis zu bringen.

Zu Berlin, bzw. zu Berlin-West möchte ich es bei dem belassen, was ich hier in der vorigen Woche gesagt habe. Und was Herr Breschnjew dazu ausgeführt hat, ist ja auch bekannt geworden. Ich hatte an die Formulierung vom Mai 1973 beim Besuch in Bonn erinnert - die Ihnen bekannte Formulierung von der strikten Einhaltung und vollen Anwendung des Abkommens der Vier Mächte vom September 1971. Der Status von Berlin-West ergibt sich meiner Meinung nach bündig aus historischen Tatsachen und aus dem erwähnten Vier-Mächte-Abkommen. Berlin darf also aus dem Prozeß der Entspannung nicht ausgeklammert bleiben. Ich sage dies als Vorsitzender einer Partei, zu der der Weatherliner Teil so gehört, wie der in Bayern oder in Schleswig-Holstein. Und Berlin-West darf aus meiner Sicht nicht als Spielwiese für kleinliche Sticheleien gelten.

Ich möchte zum Schluß noch einmal unterstreichen, daß die konkrete Ausgestaltung der Beziehungen zwischen unseren Staaten Sache der Regierungen ist. Die Partei, deren Vorsitzender ich bin, unterstützt die Bundesregierung, um die europäische Zusammenarbeit und internationale Verständigung voranzubringen. Meine Partei ist durch Tradition, Programm und aktuelle Einsicht auf den Frieden festgelegt. Sie bemüht sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten, Spannungen abzubauen und Mißtrauen durch Vertrauen zu ersetzen.

Meine gelegentlichen Auslandsreisen, so die im Frühjahr nach Amerika und jetzt in die Sowjetunion, dazwischen nach Athen und Belgrad dienen der Information in jeweils beiden Richtungen.

Was die KPdSU und die Sozialdemokratische Partei Deutschlands angeht, so sind ihre Unterschiede allgemein bekannt. Das gilt für ihre nicht vergleichbaren Verantwortlichkeiten und für nicht zu vereinbarende grundsätzliche Positionen. Einem sechlichen Austausch von Meinungen und Informationen von Fall zu Fall braucht dies nicht im Wege zu stehen. Für mich sind die Gespräche dieser Tage jedenfalls wieder sehr nützlich gewesen."

(-/10.7.1975/ks/pr)

+ + +